## A-02-171 Leitlinien Grüner Nahostpolitik

Antragsteller\*in: Marlene Schönberger (KV Landshut-Land)

## Änderungsantrag zu A-02

Von Zeile 170 bis 174:

Jegliche Form von Annexion und Vertreibung ist völkerrechtswidrig und wir lehnen sie kategorisch ab. Terroranschläge wie jene vom 7. Oktober 2023 werden ohne jede Relativierung verurteilt. Kriegsverbrechen, sei es seitens der Hamas oder der israelischen Regierung, dürfen nicht toleriert werden. Die antisemitischen Massaker und die systematische sexualisierte Gewalt vom 7. Oktober 2023 verurteilen wir auf das Schärfste. Kriegsverbrechen, sei es seitens der Hamas oder der israelischen Regierung, müssen vor Gericht gebracht werden. Ein Waffenstillstand, das Ende des Krieges, die Freilassung der Geiseln und der Zugang für humanitäre

## Begründung

- Sehr passiv formuliert: "werden ... verurteilt", "dürfen nicht toleriert werden"
- "Terroranschlag" klingt relativierend, die besondere Bedeutung des 7. oktobers wird nicht hervorgehoben
  - Sexualisierte Gewalt muss erwähnt werden.

## weitere Antragsteller\*innen

Marcel Rohrlack (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Florian Döllner (KV München); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Christian Haas (KV Regensburg-Stadt); Karsten Ludwig (KV Krefeld); Mona Fuchs (KV München); Severin Kistner (KV Starnberg); Liam Harrold (KV Hannover); Alexander Manolopoulos (KV Berlin-Mitte); Ursula Harper (KV München); Michael Joukov (KV Ulm); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Paul Meyer-Dunker (KV Berlin-Lichtenberg); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Leon Eckert (KV Freising); Leonore Köhler (KV Braunschweig); Johannes Hunger (KV Landshut-Land); sowie 30 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.